Rede von Thomas Müller-Schwefe am 1.7.2020 vor dem SPD Parteibüro in Biielefeld

Liebe SPD,

Wir haben von Eurem GroKo-Gewissenskonflikt gehört und sind heute gekommen, um Euch beizustehen! In einer Vernunftehe, die vom Pastor Steinmeier erzwungen wurde, muss man manche Kröte schlucken. Aber nicht jede Kröte!

1,75 Mrd. € für die Lausitzer Elektrizitäts-AG, die 2019 52 Millionen Tonnen schmutzige Braunkohle abgebaggert und verbrannt hat.

2,6 Mrd. € für die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, die 2019 immerhin 100 Millionen Tonnen Braunkohle in NRW verbrannt haben und damit die größten Einzelverursacher von CO2 in Europa sind.

Und dann noch geheim ausgehandelte „Entschädigungszahlungen“, wenn sie das Klima nicht maximal schädigen dürfen?

Das dürft Ihr nicht auf Eure Schultern nehmen – diese Verantwortungslosigkeit müsst Ihr Eurem Zwangsehepartner CDU/CSU überlassen

Bei solch schwierigen und für unser aller Zukunft elementaren Entscheidungen wie dem Kohle-Aus-Und-Einstiegsgesetz darf man nicht unter Druck gesetzt werden von einem Partner, dessen Interessen nicht mit Euren übereinstimmen! Ihr habt in der GroKo eine schwierige Zeit gehabt und Vieles gut hinbekommen.

Jetzt könnt Ihr aber nicht mehr einer klaren Entscheidung ausweichen:

Hört auf Euer Gewissen und stimmt am 3.7.2020 nicht mit dem Kohlemonster CDU.

Das Geld, das dieser Dinosauriertechnik in den Rachen geworfen wird, sollte besser für den Ausbau grüner Energie ausgegeben werden. In einer Zeit, wo irrsinnige Schulden angehäuft werden, die von den nächsten Generationen kaum getragen werden können, darf man nicht eine umweltzerstörende Kohleverbrennung künstlich am Leben halten mit riesigen Summen von Steuergeldern. Klar bekommt Ihr Druck von den Kommunen in NRW, die an RWE durch Aktienpakete beteiligt sind und die Dividende für ihre Haushalte schon eingeplant haben und jetzt darum fürchten….

Das Geld, das für die künstliche Beatmung der Vergangenheitstechnik Kohle ausgegeben wird, heizt unser Klima weiter auf. Und genau in diesen Kommunen erzeugt es eine Klimaveränderung, die niemand, der den Wissenschaftlern zuhört, tolerieren darf.

Ihr, liebe SPD-Mandatsträger, hört hoffentlich auf die Wissenschaft, die Jugend und große Teile der Bevölkerung. Die will diese Stinke-Technologie nicht mehr so lange. Und nötig ist sie ja sowieso nicht mehr in diesem Ausmaß. Hätte Herr Minister Altmeier nicht so viele Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien kaputt gemacht, unterstütz von Herrn Ministerpräsidenten Laschet, wären wir schon viel weiter mit Umbau in Richtung klimaneutraler Strom. Hier wurden keine 40 Milliarden Rettungspakete verschickt, um die Windenergie-und Photovoltaikbranche zu retten, obwohl hier mehr Arbeitsplätze vernichtet wurden, als jetzt im Kohlebereich „gerettet“ werden.

Verweigert die Zustimmung zu einem mit heißer Nadel gestrickten Gesetzentwurf, der mit intransparenten Verträgen mit RWE und der LEAG auf die Schnelle noch vor der Sommerpause und ohne gründliche Überprüfung durchgepeitscht werden soll.

Das Geld, das hier den Kohlekonzernen dafür gezahlt wird, dass sie unser Klima schwer schädigen, fehlt uns für die dringenden Aufgaben der Zukunft:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien –

Der Umbau der Landwirtschaft in ein lebensraumerhaltendes System

Die Wiederaufforstung der schwerkranken Wälder

Der Umbau der Städte in klimatisch und verkehrstechnisch menschengerechte Lebensräume mit Vorfahrt für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV

Und Vieles mehr…

Überlegt, was Ihr versprochen habt: Dem Wohle des Landes und seiner Bürger zu dienen! Nicht den Lobby's , egal von welcher Richtung.

Richard David Precht schreibt: Wer etwas verändern will, sucht Ziele – wer etwas verhindern will, hat Gründe

Manchmal ist es schwierig, seine Ziele zu verfolgen und man versucht, einem Konflikt aus dem Weg zu gehen. Aber das kann hier nicht die Lösung sein und Ihr sollt so entscheiden, wie die Menschen in diesem Land sich eine Zukunft wünschen: Ökologisch, gerecht, an den Bedürfnissen aller ausgerichtet und vor allem zukunftsfähig.

Ein Festschreiben der Kohle als „energiewirtschaftliche Notwendigkeit" stellt die Tatsachen auf den Kopf. Ihr könnt mit Eurer Stimme diese Lüge nicht unterschreiben. *Die meisten Menschen werden das als einen Betrug an der Zukunft unserer nachfolgenden Generationen erkennen. Bei allem Verständnis für Euch, wenn Ihr glaubt, dem Druck der CDU und der Kohlewirtschaft nachgeben zu müssen, werden das wir Wähler nicht vergessen !!!*

In Beziehungen wie der GroKo kann man nicht jede Kröte schlucken, sonst verliert man ja auch die Achtung vor sich selbst. Und das sollt Ihr nicht, denn alle vernünftigen Kräfte werden für die riesigen Zukunftsaufgaben gebraucht.

In solch schwierigen Zeiten braucht Ihr dringend eine Eheberatung in Form einer Bürgerinnenversammlung!

Lasst Euch helfen, aus dem Dilemma herauszukommen. Fordert eine repräsentative Bürgerinnen-Versammlung, um so große und wichtige Themen zu beraten und zu einem Konsens führen zu können!

Und dass Eure Regierungspartner(in) so heimliche Vertragszettelchen im Anzug nach Hause bringt, und nichts offen legt, muss Euch doch auch gewaltig stinken. Oder haltet Ihr den Paragraph 42 für unwichtig? Das können wir nicht glauben. Dass einzelne Regelungen des Kohleausstieges nicht im Gesetz stehen sondern in einen öffentlich – rechtlichen Vertrag ausgelagert werden, der parallel zum Kohleausstieg mit RWE verhandelt und vereinbart wird und geheim bleibt, spricht eine eigene Sprache. So wollt Ihr doch nicht mit uns Bürgern umgehen???!!!. Das fühlt sich ein bisschen an, wie das Maut-Gemauschel von Dobrindt und Scheuer: Heimliche und rechtlich illegale Absprachen und Verträge und der Steuerzahler soll dann anschließend dafür aufkommen.

Die Regelungen aus diesen Parallelverträgen können dann nicht mehr vom Staat geändert werden, auch wenn das erforderlich wird. Entschädigungsansprüche entstehen perverser weise nicht für uns Bürger gegenüber den Kohlekonzernen, sondern den Kohlekonzernen gegenüber uns Steuerzahlern. So funktioniert das nicht! Das ist falsch, krank und völlig verrückt!

Redet Klartext, duldet keine Geheimabsprachen – wir leben in einer Demokratie!

Tretet für das ein, was Ihr versprochen habt: Transparenz und demokratische Prozesse!

Lehnt das Kohleausstiegsgesetz am 3.7.2020 ab!

Lasst eine Bürgerinnenversammlung die Verträge und Vereinbarungen zusammen mit Wissenschaftlern ausarbeiten!

Lebt Demokratie!

Gestaltet Zukunft! Handelt Jetzt!!!